

Landkreis Emsland

Das Thema "Bürokratieabbau" steht beim Landkreis Emsland bereits seit Jahren ständig auf der Tagesordnung. Bereits im Jahr 2002 habe ich den Wunsch geäußert, den Landkreis Emsland als Modell- oder Testregion für den Bürokratieabbau vorzusehen. Dass diese damals geäußerte Vision nun seitens des Landes Niedersachsen mit dem Modellkommunen-Gesetz realisiert wurde, freut mich natürlich ganz besonders. Der Landkreis Emsland sieht in der Berücksichtigung als Modellkommune in Niedersachsen eine Bestätigung seiner vielfältigen Bemühungen zum Abbau von Bürokratie, so etwa bei der Einführung von Servicegarantien und festen Bearbeitungszeiten.

Mit dem Modellkommunen-Gesetz erfolgt nun ein erster Einstieg, um mehr Freiräume und mehr Handlungsspielräume zu gewähren. Zu den Zielsetzungen des Gesetzes gehört neben der Steigerung der Bürgerorientierung vor allem die Erhöhung der Geschwindigkeit des Verwaltungshandelns.

Im internationalen Wettbewerb ist die Dauer von Genehmigungsverfahren ein wesentlicher Standortfaktor. Der Beschleunigung und effizienteren Gestaltung aller öffentlich-rechtlichen Genehmigungsverfahren kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu.

Tatsächlich gibt es bei der Beteiligung von Behörden und Trägern öffentlicher Belange vielfach sehr lange Zeiträume für die Abgabe von Stellungnahmen bzw. für die Erteilung der notwendigen Zustimmungen. Mit den heutigen Möglichkeiten der elektronischen und digitalen Kommunikation über Internet und E-mail bestehen wesentlich bessere Voraussetzungen für eine zügige Abwicklung, als dies vor vielen Jahren überhaupt für möglich gehalten wurde.

Mit dem Niedersächsischen Modellkommunen-Gesetz wird ein erster und wichtiger Schritt Richtung gegangen, um langwierige Verwaltungsverfahren zu beschleunigen.

So ist es zum Beispiel sehr erfreulich, dass verschiedene Fristen für die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach dem *Nieders. Straßengesetz* gekürzt worden sind:

- Bislang betrug z. B. die Frist für die Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme nach Zugang des Plans noch einen Monat, künftig sind es jetzt nur noch zwei Wochen.

Bei Verfahren nach dem *Nieders. Naturschutzgesetz* wurde folgende Änderung vorgenommen:

- Die Frist für die Ankündigung Verbände, eine Stellungnahme abgeben zu wollen, wurde von einem Monat auf zwei Wochen reduziert – die eigentliche Stellungnahme kommt dann ja erst, für sie ist nur noch ein Monat statt bislang einer vorgesehen.

Darüber hinaus wurden auch verschiedene Fristen nach der *Nieders. Bauordnung* gekürzt, von denen viele Bauherren betroffen sind. U. a. wurden:

- Die Frist für die Abgabe von Stellungnahmen seitens der Nachbarn bei bestimmten Ausnahmen von Vorschriften des Baurechts wird auf vier Wochen festgelegt. Bislang galt hierfür eine "angemessene Frist".
- Die Frist für die Behördenbeteiligung im Baugenehmigungsverfahren wird von einem Monat und einer angemessenen Nachfrist auf nunmehr zwei Wochen und einer Nachfrist bis zu einem Monat festgesetzt.
- Die Frist zur Verweigerung der Zustimmung oder Einvernehmens einer anderen Behörde im Baugenehmigungsverfahren wird von zwei Monate auf einen Monat verkürzt.

Fazit:

Das Modellkommunengesetz setzt die von der Landesregierung gewollte Stärkung der Eigenverantwortlichkeit in den Kommunen konsequent um. Nirgends ist die unmittelbare Verantwortlichkeit dem Bürger gegenüber so groß, wie in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Deshalb bin ich auch sicher, dass wir mit den neuen Freiheiten sorgsam umgehen werden.

Wir werden in den nächsten Jahren den Beweis antreten, dass es sich lohnt.